Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Pressemitteilung
Kiel, 11.09.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

CO2-Endlager: Sigmar Gabriel schlägt der Bürgerinitiative und dem Kreistag ins Gesicht

Der SSW kritisiert, dass Bundesumweltminister Gabriel sich in einem Schreiben an den Kreis Nordfriesland weiterhin für CCS-Modellprojekte einsetzt. „Sigmar Gabriel hat offensichtlich noch nicht begriffen, dass die Menschen in Deutschland keine CO2-Endlager wollen. Sein e Brief den Kreistag zeigt, dass die Bundes-SPD im Interesse der Kohlelobby um jeden Preis an der CCS-Technologie festhält", sagt der SSW-Landtagsabgeordnete und Spitzenkandidat des SSW-Nordfriesland, ***Lars Harms****:*

„Gabriel fordert den Kreis Nordfriesland auf, gemeinsam daran zu arbeiten, ‚dass durch ein Gesetz welches die Umwelt schützt und den Menschen in der Region dient, CCS als eine wichtige Klimaschutzoption akzeptiert und dessen Demonstration ermöglicht wird.' Ebenso wie Peter Harry Carstensen setzt der SPD-Bundesumweltminister also darauf, dass die Akzeptanz der Bevölkerung noch wächst und doch ein CCS-Projekt im Land durchgeführt werden kann.

Diese Haltung ist ein Schlag ins Gesicht des Kreistages und der engagierten Bürgerinnen und Bürger, die mit guten, sachlichen Argumenten CO2-Endlager ablehnen und für eine andere Energiepolitik kämpfen. Der Brief von Siegmar Gabriel macht sich nicht einmal die Mühe zu verschleiern, worum es hier wirklich geht. Die Nutzung der CCS-Technologie würde den Energiekonzernen viele Millionen kostenlose Emissionshandelszertifikate

SSW IM LANDTAG

beschweren, die die Kohleverstromung künstlich verbilligen würden. Dies den Bürgern als Klimaschutzpolitik verkaufen zu wollen, ist eine bodenlose Frechheit.

Wir fordern alle Landtagsabgeordneten auf, am Donnerstag im Landtag ein Zeichen gegen die ignorante Bundespolitik zu setzen und für ein deutschland-weites Verbot der unterirdischen CO2-Endlagerung zu stimmen. Diese Technologie ist so grundsätzlich falsch, dass sie keiner Region zugemutet werden kann."

Mehr zum Thema: www.ssw.de/co2